

**Weltmachtstreben,
Gewaltkult und Kanonenfutter -
Überlegungen zum Beginn
der beiden Weltkriege 1914 und 1939**

Dr. Wolfram Wette, geb. 1940 in Ludwigshafen a. Rh., studierte Politische Wissenschaften, Geschichte und Philosophie in München, ist Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br. und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kriegsursachenforschung und zu zeitgeschichtlichen Themen.

Der Antikriegstag 1989 gibt Gelegenheit, an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 75 Jahren sowie an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 50

Jahren zu erinnern; über die wesentlichen Ursachen dieser Kriege nachzudenken und die Frage zu stellen, ob die Millionen von Toten der beiden Weltkriege ein friedenspolitisches Lernen bewirkt haben, das die Wiederholung derartiger Gewaltextesse ein für allemal zu bannen vermag.

Brechen Kriege aus?

Wenn vom Beginn der beiden Weltkriege die Rede ist, wird immer wieder das Wort „Ausbruch“ benutzt; allerdings mehr in Bezug auf den Ersten als auf den Zweiten Weltkrieg. Es ist erforderlich, sich bewußt zu machen, daß der vermeintlich sachliche und neutrale Terminus „Ausbruch“ in Wirklichkeit eine ideologische Deutung für die Entstehung von Kriegen enthält. In Analogie zu einem naturhaften Geschehen, nämlich dem Ausbruch eines Vulkans, wird die Vorstellung nahe gelegt, der Krieg sei ebenfalls ein naturgeschichtliches Ereignis. Manche verbinden mit dieser Deutung sogar immer noch - wie dies schon seit Jahrtausenden geschieht - die Vorstellung, der Krieg sei „der Vater aller Dinge“, also ein für die Entwicklung der Menschheit konstitutives Element.

Gelegentlich wird diese Idee auch in der religiösen Überhöhung dargeboten, daß der Krieg „ein natürliches Glied in Gottes Weltordnung“ und der Friede demzufolge nur ein schöner Traum sei — in eben dieser Weltordnung nicht zu verwirklichen -, weshalb sich der Mensch damit zufrieden geben müsse, den - unpolitisch vorgestellten - „Seelenfrieden“ anzustreben.

Der Mensch - ein Raubtier?

Eher kriegs- denn friedensfördernd ist auch die anthropologische These, die eigentliche Ursache von Kriegen müsse in der aggressiven menschlichen Natur gesucht werden. Diese These ist unzutreffend. Denn von der zweifellos vorhandenen menschlichen Aggressivität - als einer individuellen Erscheinung - führt kein direkter Weg zum Töten im Kriege. Dabei handelt es sich - zumal im 20. Jahrhundert - um einen weithin entpersönlichten, gesellschaftlichen Vorgang. Die moderne Waffentechnik hat bewirkt, daß die Beziehungen zwischen den sich bekriegenden Menschen - die „Feindbeziehungen“ - zunehmend der Anonymität anheimfielen.

Auch die pessimistische naturgeschichtliche Annahme, daß der Mensch dem Menschen ein Wolf sei („homo homini lupus“), was sich unter anderem in kriegerischen Gewalthandlungen ausdrücke, ist schon vom - der Natur entlehnten - Ansatz her nicht stimmig. Denn der Wolf tötet nicht, wenn der Stärkere im Kampf ermittelt ist. Aber der Mensch tötet auch dann. Also ist der Mensch dem Menschen durchaus kein Wolf.

Die Schlußfolgerung lautet, daß die menschliche Natur keineswegs dahin tendiert, Kriege sozusagen „naturnotwendig“ zu erzeugen, daß sie vielmehr der Gestaltung eines dauerhaften Friedens nicht entgegensteht.

Frieden ist machbar

Die genannten Kriegsideologien - ihre vielfältigen propagandistischen Verschnittformen eingeschlossen - haben über einen langen Zeitraum hinweg den Weg zu der Einsicht versperrt, daß Kriege von Menschen gemacht werden. Ihre Ursachen sind in der Politik zu suchen, wobei Politik in einem sehr weiten Verständnis gemeint ist, nicht bloß die Außenpolitik. Das bedeutet zugleich, daß die Ursache eines bestimmten Krieges der genauen historischen Analyse zugänglich ist.

Daraus folgt wiederum, daß auch Frieden machbar ist, wenn sich die Politik an ihm als einem vorrangigen Wert orientiert. Willy Brandt formulierte einmal: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Friedenserziehung, die auf eine Veränderung des Bewußtseins der Menschen zielt, muß die Friedensschädlichkeit herkömmlicher kriegsfatalistischer Einstellungen herausarbeiten.

Wie Kriegsmentalität erzeugt wurde

Kriegsursachenerklärungen der genannten Art - die man präziser als Kriegsideologien bezeichnen sollte - haben im Vorfeld der beiden Weltkriege in Deutschland (in ähnlicher Weise wohl auch in anderen Ländern) dazu beigetragen, daß im Bewußtsein der Menschen durchaus vorhandene Hemmschwellen gegen kriegerische Gewalt abgebaut und eine Kriegsmentalität erzeugt werden konnte. Solche Kriegsideologien wurden den Menschen, die hernach die Kriege führen sollten, nicht als platte, leicht durchschaubare Propaganda dargeboten. Vielmehr präsentierte man sie im Gewände von Philosophie, Religion und abstrakter politischer Theorie, verbunden mit dem Anspruch von Wissenschaft und Wahrheit.

Auf derartige Kriegsideologien stützte sich die gängige Ansicht, der Krieg sei ein legitimes Mittel der Politik beziehungsweise eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, eine Ansicht, die bemüht ist, den Krieg als Normalität erscheinen zu lassen und den qualitativen Unterschied zwischen Krieg und Politik zu verwischen.

Vor 1914 und vor 1939 haben solche ideologischen Kriegsrechtfertigungen den Boden für die Massenwirksamkeit konkreter Kriegspropaganda bereitet. Die Menschen wurden mit ihrer Hilfe zu einer kriegsfatalistischen Haltung erzogen, die mit anderen, für den Obrigkeitsstaat charakteristischen Verhaltensmustern korrespondierte: der politischen Entmündigung, der „gläubigen“ Hinnahme der Befehle „von oben“, der Überbewertung von Sekundärtugenden wie Gehorsam, Pflichtgefühl und Opfersinn, schließlich auch der Geringschätzung humaner Prinzipien.

Verteidigungslügen

Den jeweils verantwortlichen deutschen Politikern und den sie stützenden gesellschaftlichen Eliten war sowohl vor 1914 als auch vor 1939 bewußt, daß

die erwähnten traditionellen Kriegsideologien nicht ausreichen würden, um die deutsche Bevölkerung kriegsbereit zu machen, ja sie möglichst sogar in „Kriegsbegeisterung“ zu versetzen. Hinzu kommen mußten konkrete Bedrohungsvorstellungen und positive Kriegsziele („Platz an der Sonne“, „Weltmacht“, „Lebensraum“ und so weiter).

Um Kriegsstimmung zu erzeugen, bedienten sich die deutschen Regierungen sowohl 1914 als auch 1939 des propagandistischen Mittels der Verteidigungslügen. Die - durchaus ähnlichen -Behauptungen lauteten, Deutschland sei von Feinden rings umgeben, es werde eingekreist und schließlich sei es angegriffen worden. Also müsse zum Schütze des Vaterlandes „zurückgeschossen“ werden. Auf diese Weise wurde die Bereitschaft zur Landesverteidigung, die auch bei Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und selbst bei den meisten Pazifisten bestand, zu aggressiven Zwecken mißbraucht.

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß wohl noch jeder Angriffskrieg mit einer Verteidigungslüge begonnen wurde. Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis scheint sich in jüngster Zeit Bahn zu brechen: Wer wirklich nur Schutz und Verteidigung will, soll das nicht allein durch Worte, sondern durch die - für andere erkennbare - Struktur seiner Vorsorgemaßnahmen demonstrieren. Dies ist der Grundgedanke des Konzepts der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“.

Wozu Feindbilder dienen

Um Kriegsmentalität zu erzeugen, haben sich die Politiker und Militärs im Kontext von 1914 und 1939 als eines weiteren Mittels der verstärkten Propagierung von Feindbildern bedient. Mit ihrer Hilfe wurden in einseitiger Schwarz-Weiß-Manier die eigene Seite mit positiven und die andere mit negativen Vorzeichen versehen, um das Recht des Guten gegen den Bösen offenkundig werden zu lassen.

Sieht man genauer hin, so konnten mit der Propagierung von Feindbildern noch weitere politische und militärische Ziele angestrebt werden:

- die Vertuschung der eigenen Aggressionspolitik,
- die Erhöhung der Glaubwürdigkeit der Verteidigungslügen,
- die Ablenkung von der Kriegsschuldfrage,
- die Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten und sozialen Problemen,
- schließlich, auf die Soldaten bezogen, das Verhindern des Aufkommens von Schuldgefühlen und
- die Beseitigung von Tötungshemmungen und die Erzeugung von Tötungsbereitschaft.

Wie die Vorgeschichte der beiden Weltkriege zeigt, war die Intensivierung der Feindbildpropaganda ein recht verlässlicher Vorbote des kriegerischen Gewalteinsatzes. Die Folgerung aus diesen historischen Erfahrungen liegt auf der Hand: Wer Frieden bewahren und gestalten will, muß Feindbilder konse-

quent bekämpfen und anstreben, daß möglichst viele Menschen auf möglichst vielen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens miteinander in Kontakt treten können.

Varianten des Militarismus

Der Militarismus stellte 1914 wie 1939 die entscheidende Voraussetzung für die Durchführung einer aggressiven deutschen Kriegspolitik dar. Dieser Militarismus - als ein die gesamte Gesellschaft durchdringendes System - hatte viele Gesichter. Er schlug sich in der Übertragung militärischer Ordnungsprinzipien auf das politische und gesellschaftliche Leben ebenso nieder wie in bestimmten geistigen, personellen und materiellen Kriegsvorbereitungen. Man wird sagen können, daß Aggressionskriege nur unter der Voraussetzung einer zuvor „durchmilitarisierten“ Gesellschaft geführt werden konnten.

Eine bestimmte und besonders schwerwiegende Erscheinung des Militarismus, nämlich der „Gesinnungsmilitarismus“, hat in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege in Deutschland maßgeblich zur Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg wie auch zur Mißachtung völkerrechtlicher Schranken im Kriege unter Hinweis auf angeblich höherrangige „Kriegsnotwendigkeiten“ beigetragen.

Der Gesinnungsmilitarismus ist auch als „Schwertglauben“ bezeichnet worden. Gemeint ist die Orientierung an der inhumanen Kategorie des „Rechts des Stärkeren“, das durch den Einsatz militärischer Macht ermittelt wird. Solches Denken war für die tonangebenden militaristischen Kreise in Deutschland in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege charakteristisch.

Die „Abrüstung der Gesinnung“ mit dem Ziel, den Krieg als Institution zu überwinden und Gewaltfreiheit zur Maxime des politischen Handelns auf allen Ebenen zu machen, ist die zeitgemäße Alternative zum Gesinnungsmilitarismus früherer Jahrzehnte.

Antimilitarismus

Aus den speziellen deutschen Erfahrungen mit dem Militarismus ist die „antimilitaristische“ Konsequenz gezogen worden, es sei unter allen Umständen sicherzustellen, daß der Primat der Politik über das Militär gewahrt werde. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß dies wohl eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Vorsorge gegen Militarisierungstendenzen sein kann. In autoritären Regierungsformen wie 1914 unter Kaiser Wilhelm II. und 1939 unter Hitler war der Primat der Politik gegeben; aber die Politik selbst verkörperte den Militarismus. Der Primat der Politik kann allenfalls in einer Demokratie eine „antimilitaristische“ Funktion erfüllen, sofern eine Bevölkerungsmehrheit dies will.

Mit Antimilitarismus wird jedoch in der Regel ein Bündel sehr viel grundsätzlicherer Positionen bezeichnet: Ablehnung des „Schwertglaubens“, Kriegsgegnerschaft, Friedensbereitschaft, Bewahrung einer humanen, das

Menschenleben achtenden Orientierung. Solche Einstellungen blieben in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege in Deutschland in der Minderheit. Sie konnten sich gegen die Hauptströmung der deutschen Politik in der historischen Epoche des deutschen Nationalstaats (1871-1945) nicht durchsetzen, ja diese nicht einmal ernsthaft herausfordern und zur Selbstreflexion zwingen. Die Politik von „Blut und Eisen“, mit der Bismarck die deutsche Einigung bewerkstelligt hatte, wurde mit politischem Erfolg gleichgesetzt. Sie war es, die den Zeitgeist prägte, nicht das Friedensideal der Pazifisten und der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Abrüstung-ein vielfach mißbrauchter Begriff

Zur Vorbereitung auf die Weltkriege, die 1914 und 1939 zunächst als europäische Kriege begannen, betrieben die deutschen Regierungen eine intensive Aufrüstung, welche ein internationales Wettrüsten nach sich zog. Zusammen mit grundsätzlich aggressiven Absichten führte die deutsche Aufrüstung jeweils zu Sachzwängen: Sollte der Vorteil des eigenen Rüstungsvorsprungs nicht verspielt werden, mußte die Aggression erfolgen. Zudem drängten innen- und sozialpolitische Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die kostenintensive Hochrüstungspolitik, zur Ablenkung nach außen.

In diesen Zusammenhang war jeweils die „Abrüstungspolitik“, genauer gesagt: die Abrüstungsrhetorik, eingebettet. Im zeitlichen Umfeld des Ersten und des Zweiten Weltkrieges verhielt es sich mit der Abrüstung ähnlich wie mit der Idee der Verteidigung. Man forderte die Abrüstung der anderen mit dem erklärten Ziel, bei Nichterfüllung dieser Forderung selbst aufrüsten zu können. Das - in den Ohren aller friedliebenden Menschen wohlklingende - Wort Abrüstung wurde also immer wieder zu Propagandazwecken mißbraucht. Über Abrüstung wurde viel geredet, im Sinne von symbolischer Politik. Aber sie fand nicht wirklich statt.

Heute wissen wir besser als früher, daß personelle und materielle Abrüstung nicht am Beginn eines friedenspolitischen Prozesses stehen kann. So lange Mißtrauen und Feindschaft herrschen, muß Abrüstung ein Propagandaschlagwort bleiben, mit dem nicht selten neue Abrüstungsschritte bemäntelt werden. Erst der Abbau von Mißtrauen und Feindbildern sowie die Bereitschaft zu friedenspolitischem Risiko können die Voraussetzungen für die Reduzierung von Truppen und Rüstungen schaffen. Erst in einem solchen Meinungsklima fallen auch die Chancen der Rüstungsindustrie, unter Hinweis auf immer neue Bedrohungen neue Waffensysteme zu verkaufen.

Vor diesem historischen Hintergrund müssen die rasanten Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Gebiet der Abrüstungspolitik bewertet werden. Das von US-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow 1987 unterzeichnete Abkommen über den Abbau und die Verschrottung von landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen war tatsächlich der erste echte Abrüstungsschritt in der Geschichte.

Weltmachtstreben

Wie hängen 1914 und 1939 miteinander zusammen? In diesen Jahren begannen die beiden größten Hegemonialkonflikte der Weltgeschichte. Der erste war maßgeblich mitverursacht und der zweite eindeutig entfesselt durch die deutsche Politik. So gesehen, stehen diese beiden Jahreszahlen symbolisch für den zweifachen deutschen „Griff nach der Weltmacht“.

Als der erste Anlauf scheiterte und mit einer militärischen Niederlage für das Deutsche Reich endete, weigerten sich die auf Nationalismus und Machtpolitik eingeschworenen deutschen Eliten, dieses Ergebnis des Krieges zu akzeptieren. Statt den Weg der Gewaltpolitik zu verlassen, führten sie mittels der Kriegsunschuldspropaganda, der Parole „im Felde unbesiegt“ und der Dolchstoßlegende nicht nur den Kampf gegen den Versäuler Friedensvertrag, sondern sie bereiteten damit auch jene Situation vor, die Hitler ermöglichte. Insofern kann man sagen, daß das Scheitern des ersten Anlaufs zur Eroberung einer Weltmachtstellung für Deutschland den zweiten Anlauf, der 1939 begann, nach sich zog. Im einen wie im anderen Falle war die Situation vom deutschen Kriegswillen geprägt. Trotz mancher Unterschiede in der Entstehungsgeschichte der beiden Weltkriege und in der Kriegszielpolitik ist diese Beziehung zwischen 1914 und 1939 gegeben.

Die Folgen dieser kriegerischen Weltmachtspolitik Deutschlands waren tiefgreifend. 1945 beendeten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zwangsweise die Existenz des 1871 gegründeten deutschen Nationalstaates. Aus Angst vor einem Wiedererstarken Deutschlands als einer militärischen Macht hielten sie auch später, allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz, an der Teilung Deutschlands fest. Überdies veränderten sich die Machtkonstellationen in der ganzen Welt. Der Irrweg der deutschen Gewaltpolitik bewirkte zugleich das Ende der politischen Führungsrolle Europas.

Es gab Alternativen

Zu diesem Irrweg der jüngeren deutschen Geschichte, der in die Katastrophe der beiden Weltkriege führte, gab es friedenspolitische Alternativen. Sie konnten sich zwar gegen den - durch Nationalismus und Militarismus gekennzeichneten — Haupttrend der Entwicklung nicht durchsetzen. Aber es ist wichtig, zu wissen, daß in Deutschland Menschen, politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen vorhanden waren, die vor dem Kriegskurs warnten und sich ihm, wenn auch letztlich erfolglos, entgegenstellten.

Vor dem Ersten Weltkrieg, als der Pazifismus noch eine Angelegenheit einiger bürgerlicher Einzelkämpfer war, stellte die sozialistische Arbeiterbewegung die mächtigste politische Friedensbewegung dar. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einem sozialdemokratisch-pazifistischen Bündnis, das bereits in den letzten Kriegsjahren herangereift war. Als Reaktion auf die Schrecken des Krieges von 1914-1918 fand die Parole „Nie wieder Krieg!“ nun einen Massenanhang. An den großen Kundgebungen in der ersten Hälfte der

zwanziger Jahre nahmen Pazifisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Linksdemokraten gemeinsam teil. Aber bald zeigte sich, daß die Nie-wieder-Krieg-Parole nur ein Minimalprogramm darstellte, auf das sich die Kriegsgegner aller Schattierungen einigen konnten, daß es in der friedenspolitischen Programmatik und politischen Taktik jedoch große Meinungsunterschiede gab.

Als verhängnisvoll sollte sich erweisen, daß es selbst unter Sozialdemokraten und Pazifisten nur wenige gab, die nach 1918 bereit waren, sich der Kriegsschuldfrage offen zu stellen. Die Nationalisten haben dieses Versäumnis benutzt, um von ihrer Verantwortung für den Krieg abzulenken und mit der Dolchstoßlüge den Spieß herumzudrehen und Sozialdemokraten, Pazifisten und Juden zu beschuldigen, sie hätten die Niederlage verschuldet.

Immerhin gab es in der Weimarer Republik einen sozialdemokratisch-gewerkschaftlich-republikanisch-pazifistischen Grundkonsens. Man bejahte die Politik der Verständigung mit den Siegermächten, besonders mit Frankreich, man wollte Friedensbewahrung und keine Neuauflage der kriegerischen Machtpolitik, man bejahte den Völkerbund, das internationale Recht, die Kriegsächtungsidee und man wollte das alles mit einer wirklichen Abrüstungspolitik krönen.

Diese Friedenspolitik stellte die historische Alternative zum kriegerischen Weltmachtstreben der deutschen Nationalisten dar. Das sozialdemokratisch-pazifistische Zusammengehen sollte dann ausgerechnet zu einem Zeitpunkt scheitern - Ende der zwanziger Jahre -, als eine nationalistische Welle Deutschland neuerlich überflutete und die Weimarer Republik in Gefahr brachte. In dieser Situation zeigte sich, daß der Versuch, eine Abkehr von der preußisch-deutschen Militärtradition und dem mit ihr verbundenen Gewaltglauben und Machtstaatsdenken zu erreichen, ohne Erfolg gebheben war. Gleichwohl läßt sich festhalten: Es hat die friedenspolitischen Alternativen zum Gesinnungsmilitarismus und zur Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gegeben; wäre ihnen eine Mehrheit der Deutschen gefolgt - die deutsche, europäische und Weltgeschichte hätte einen friedlicheren Verlauf nehmen können.

Das Schicksal einer „unterlegenen“ politischen Strömung teilt die deutsche Friedensbewegung übrigens mit der demokratischen Bewegung. Sie stand in einem von autoritären Strukturen und Denkgewohnheiten geprägten Zeitalter gleichfalls lange Zeit auf der Verliererseite. Gerade deshalb ist es jedoch für ein politisches Denken heute, das sich der Demokratie und dem Frieden verpflichtet weiß, von großer Bedeutung, daß man sich dieser noch weitgehend verschütteten Traditionen erinnert, nach Identifikationsmöglichkeiten sucht und an sie anknüpft.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1914 und 1939

Die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die II. Sozialistische Internationale, in der die SPD über großen Einfluß verfügte, galt mit ihrer erklärter-

maßen gegen jeden Krieg gerichteten Politik vielen Zeitgenossen des beginnenden 20. Jahrhunderts als der beste Garant für die Erhaltung des Friedens. Wie bekannt, sind SPD und Internationale dann 1914, bei ihrer ersten großen Bewährungsprobe, vollständig gescheitert. Zwar hatten SPD und Gewerkschaften keinen direkten Einfluß auf die Regierungspolitik, also auch nicht auf die Entscheidung über Krieg oder Frieden. Mit dem Votum der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Bewilligung der Kriegskredite Anfang August 1914, mit der Politik des „Burgfriedens“ und dem späteren Beharren auf der Richtigkeit dieses Weges geriet die SPD in eine tiefe Identitäts- und Glaubwürdigkeitskrise - mit der Konsequenz der Parteisplaltung 1917.

Die damaligen politischen Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung waren von der Überzeugung geleitet, daß Deutschland vom zaristischen Rußland angegriffen worden sei und sich gezwungenermaßen verteidigen müsse. Heute wissen wir, daß dies ein Fehler war und jene recht hatten, die an der Verteidigungsthese schon früh zweifelten.

1939 war die Lage der Arbeiterbewegung eine völlig andere. Nach der Zerschlagung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gleich nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und der Verhaftung oder Flucht führender sozialdemokratischer Politiker ins Ausland stellte die deutsche Sozialdemokratie keinen Machtfaktor mehr dar, der sich dem Hitlerschen Kriegskurs in den Weg hätten stellen können. Man kann sagen: Der Erste Weltkrieg konnte noch mit der Unterstützung eines Großteils der deutschen Sozialdemokratie - wie auch der Gewerkschaften - geführt werden, der Zweite Weltkrieg nur noch gegen sie.

„Kanonenfutter“

In den beiden Weltkriegen haben Millionen von Deutschen, darunter Sozialdemokraten und Gewerkschafter in großer Zahl, Frauen wie Männer, die den Krieg haßten und nichts mehr als den Frieden ersehnten, gelitten. Im preußisch-deutschen Militarismus war dem „kleinen Mann“, dem Bauernsohn nicht anders als dem städtischen Arbeiter, die Rolle zugewiesen, die Befehle anderer auszuführen.

Im Kasernenalltag der Vorkriegszeiten waren sie dem Drill, der militaristischen Disziplinierung und der nationalistischen Propaganda ausgesetzt. Mit verdummenden und desorientierenden Feinbildern wurden sie auf den Krieg vorbereitet. In den Kriegen selbst stellten sie die Masse der einfachen Soldaten mit Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgraden, die an vorderster Front, weit weg von den grünen Tischen der goldbetreßten Befehlsgeber, zu kämpfen hatten. Für sie bedeutete Krieg Not, Leiden, Todesangst, Hunger, Kälte, Verzweiflung, die Herrschaft einer demütigenden Befehlsstruktur - weitab vom hohlen Heldenpathos der Kriegspropaganda. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte diese Rolle des „kleinen Mannes“ wenige Tage vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges mit den folgenden Worten vorhergesagt:

„Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen." Viele begriffen das. Von der häufig beschriebenen Kriegsbegeisterung des Jahres 1914 war denn auch in Arbeiterkreisen wenig zu spüren.

Nach den beiden Weltkriegen sehen wir die unfreiwilligen Kriegsteilnehmer - genauer gesagt: die Überlebenden unter ihnen - bei den großen Antikriegsdemonstrationen vereint mit allen jenen, in deren Ohren das Gerede vom Krieg als „Stahlbad" oder als „Gesundbrunnen" wie der reine Hohn klang. Schon bald aber forderte die Bewältigung des alltäglichen Lebens die Kraft dieser Kriegsteilnehmer, so daß ihre Parole „Nie wieder Krieg!" übertönt werden konnte von denen, die „Heldengedenkfeiern" wollten und alles, was mit solchem „Heldentum" zusammenhängt.

Lernen für den Frieden?

So bleibt zu fragen: Haben die Deutschen in ihrer Gesamtheit aus den beiden Weltkriegen gelernt? Nach beiden Kriegen gab es in Deutschland eine weit verbreitete pazifistische Grundstimmung. Militärisches war eine Zeitlang denkbar unpopulär. Man wollte nichts mehr mit Waffen, Uniformen und Befehlen zu tun haben. Bei diesen Stimmungen handelte es sich offenbar um eine unmittelbare Reaktion auf die persönlichen Kriegserlebnisse. So weit man dies heute beurteilen kann, ergab sich aus dieser Antikriegsstimmung jedoch kein gesamtgesellschaftliches Lernen im Sinne eines entschiedenen Umdenkens, also keine bleibende Abkehr von militärisch instrumentierter Machtpolitik und keine grundsätzliche Neuorientierung auf eine friedenspolitische Perspektive hin. Sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die pazifistische Grundstimmung eher kurzatmig.

Heute stehen wir vor dem dringenden Erfordernis, uns von der mehrtausendjährigen Geschichte als einer Kriegsgeschichte „abzunabeln". Dieser Denkschritt scheint zunächst wiederum nur von Minderheiten vollzogen werden zu können. Gesamtgesellschaftliches Lernen geht offenbar als wesentlich langsamerer Prozeß vonstatten.

Die beiden Weltkriege haben den entscheidenden Schub friedenspolitischen Lernens nicht erzeugt. Das brachte offenbar erst die elementare Zerstörungskraft der Atomwaffe zuwege. Aber seit ihrem Ersteinsatz vergingen Jahrzehnte, bis man die Konsequenzen ernsthaft durchdachte. Heute - 75 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges, 50 Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und 44 Jahre nach Hiroshima - scheinen wir am Beginn jenes Zeitabschnitts zu stehen, in dem das bisherige politische und militärische Denken als anachronistisch erkannt und in der erforderlichen Weise revolutioniert wird. Wird sich das „neue Denken" rasch genug durchsetzen? Sicher ist dies keineswegs.